

Zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland – Überlegungen aus ukrainischer Sicht

Einleitung

Die Ukrainer werden in Russland auch ein Jahrzehnt nach dem Zerfall der UdSSR (1991) nicht in vollem Umfang als ausländische Bürger bzw. als eigenständige Nation wahrgenommen. Russland hat nach wie vor ein imperiales Selbstverständnis, und gibt kaum Russen, welche die Unabhängigkeit der Ukraine begrüßen oder der Meinung sind, dass es sich dabei um mehr als ein temporäres Phänomen handelt: Es dominiert in Russland einerseits die Meinung, dass die Ostslawen – d. h. Russen, Ukrainer und Belorussen – eigentlich „ein Volk“ sind,¹ andererseits gilt es für viele Russen als ausgemacht, dass die Ukraine früher oder später – in der einen oder anderen Form – zu Russland „zurückkehren“ wird.

Ein hier wohl „unverdächtiger“ Zeuge ist der Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei der Ukraine/KPU (die schlecht einer „antirussischen Gesinnung“ verdächtigt werden kann), Georgij Krjutschkow: Er verurteilte, dass „man in Russland immer noch recht oft sagt, dass es keine ukrainische Sprache gibt und dass die Ukraine ein Bruchstück des großen Russlands ist“.² In Russland sieht man gerne herablassend auf den „kleinen Bruder“ Ukraine, der sich Ende 1991 zwar selbstständig gemacht habe, aber bald erkennen müsse, dass er ohne den „großen Bruder“ nicht bestehen könne; Russland wolle nur das Beste für die Ukraine, aber viele Ukrainer könnten das wegen ihres „eigensinnigen Charakters“ nicht verstehen und zeigten sich „undankbar“.

Unabhängig von russischen Vorstellungen und Stereotypen ist nicht zu übersehen, dass erstens Geschichte, Wirtschaft und Kultur der Ukraine und Russlands nach wie vor auf vielfältige Weise miteinander verflochten und zweitens die Ukrainer tatsächlich eine „verspätete Nation“ sind. Zu den Kennzeichen einer eigenen Nation gehören vor allem eine einheitliche Konfession (der sich das Moskauer Patriarchat der Ukrainischen Orthodoxen Kirche konsequent entgegenstellt), gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache und Herkunft sowie historisch gewachsene gesellschaftliche Eliten. Die meisten dieser Faktoren sind in der Ukraine tatsächlich nur in Ansätzen vorhanden bzw. relativ schwach ausgeprägt, so dass auch am Beginn des 21. Jahrhunderts – wenn überhaupt – nur mit großen Vorbehalten von „der“ ukrainischen Nation gesprochen werden kann. Sie müsste eigentlich erst hergestellt werden – und das wäre eine wichtige Aufgabe des Staates. Allerdings steht das offiziell nicht zur Diskussion, von einem Plan zur Entwicklung und Stärkung der Nation auf staatlicher Ebene ganz abgesehen. Das kann sich unter den Bedingungen einer instabilen Situation, die von inneren und/oder äußeren Umständen hervorgerufen wurde, sehr negativ auf Sicherheit und Stabilität des ukrainischen Staates auswirken. In den Neunzigerjahren wurden immer wieder – in- wie außerhalb der Ukraine – Szenarien ventiliert, wonach das Land im Falle einer Machtergreifung der Linken (d. h. der Kommunisten und ihrer Verbündeten), die den Anschluss an Russland verkünden, zerbricht, weil sich der Landesteil am rechten Ufer des Dnjepr zu einem neuen unabhängigen Staat erklärt; das könnte einen Bürgerkrieg auslösen.

1 Vgl. z. B. die entsprechende Aussage des Vorsitzenden der Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments), des Kommunisten Gennadij Selesnjow, in: Den', 8.9.2000, S. 1.

2 Zitiert nach Kievskij Telegraf, 12.2.2001, S. 3.

Die „zwei Nationen“ in der Ukraine

In der Ukraine bestehen heute faktisch zwei Bevölkerungsteile, die man durchaus „Nationen“ nennen könnte, da sie die entsprechenden Hauptmerkmale ganz oder partiell aufweisen. Die (bedingte) geographische Trennungslinie zwischen ihnen ist der Fluss Dnjepr (ukrainisch Dnipro).

Die Mehrheit der Ukrainer vom rechten Ufer des Dnjepr lässt folgende Eigenschaften und Wertorientierungen erkennen:

- Historische Aspekte: Im Verlauf von drei Jahrhunderten aktive Teilnahme an bewaffneten Formationen auf der Seite der Gegner Russlands bzw. der UdSSR, konkret des schwedischen Königs Karl XII. im Nordischen Krieg zwischen Russland und Schweden am Beginn des 18. Jahrhunderts, Napoleons (1812), Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg sowie Deutschlands (vor allem in Gestalt der Ukrainischen Aufständischenarmee/UPA) im Zweiten Weltkrieg;
- der Wunsch, die Ukraine als unabhängigen Staat zu sehen;
- klare Dominanz der ukrainischen Sprache;
- eine insgesamt negative Einstellung gegenüber der KPU und anderen Linksparteien mit mehr oder weniger intensiv ausgeprägter pro-russischer Orientierung;
- Verbindung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Ukraine mit den Ländern Westeuropas;
- Eintreten für eine marktwirtschaftliche Ordnung;
- ein bedeutender Teil der Bevölkerung hat persönliche, verwandtschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen mit westlichen Ländern (Geschäfte, legale oder illegale Arbeit in Ungarn, Polen, der Slowakei, Tschechien usw.);
- erhöhter Zugang zu Informationen aus westlichen Ländern, bessere technische Bedingungen zum Erhalt von – vor allem vom Fernsehen vermittelten – Informationen aus dem Westen als auf dem linken Ufer des Dnjepr (ein bedeutender Teil der Ukrainer am rechten Ufer beherrscht – von Russisch abgesehen – Polnisch, Slowakisch oder andere Sprachen der westlichen Nachbarländer oder versteht sie dank der Kenntnis von westukrainischen Dialekten einigermaßen);
- eine relativ hohe religiöse Aktivität der Bevölkerung;
- Hauptkonfessionen: Griechisch-katholische Kirche, Ukrainische Orthodoxe Kirche (Kiewer Patriarchat), Ukrainische Orthodoxe Autokephale Kirche, Katholische Kirche.

Die charakteristischen Züge der Mehrheit der Einwohner der Ukraine am linken Ufer des Dnjepr sind demgegenüber:

- Teilnahme an den Streitkräften Russlands und der UdSSR beim Kampf gegen Karl XII., Napoleon, Österreich-Ungarn, Deutschland und die UPA;
- das Bemühen, an sehr engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Russland festzuhalten – bis hin zur Vereinigung in einen gemeinsamen Staat;
- die Überzeugung, dass die Ukraine in erster Linie wirtschaftliche und politische Beziehungen mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und anderen Staaten haben sollte, die mit Russland (und Belarus) gute Kontakte unterhalten (z. B. China, Serbien, Iran, Irak, Kuba, Syrien usw.);

- Bevorzugung der russischen Sprache oder einer ukrainisch-russischen Zweisprachigkeit mit Schwerpunkt auf dem Russischen;
- eine positive Einstellung gegenüber der KPU und anderen Linksparteien;
- eine zurückhaltende bis ablehnende Position gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien;
- ein bedeutender Teil der Bevölkerung hat persönliche wirtschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen mit Russland;
- ein erheblicher informationspolitischer Einfluss Russlands (günstige technische Bedingungen zum Erhalt russischsprachiger und pro-russischer Information);
- die Hauptkonfession ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat), aber die religiöse Aktivität der Bevölkerung ist durchschnittlich viel niedriger als auf dem rechten Ufer des Dnjepr.

Diese Unterschiede zwischen den Bevölkerungsteilen am rechten und am linken Ufer des Dnjepr zeigen sich in Wahlergebnissen ebenso wie bei Meinungsumfragen bereits über ein Jahrzehnt hinweg. In der russischsprachigen (d. h. ethnisch russischen und russifizierten) Bevölkerung der Ukraine sind sozialistische Ideale und autoritäre Regierungs- und Verwaltungsmethoden populärer als im landesweiten Durchschnitt, während – komplementär dazu – Privateigentum, Marktwirtschaft und Demokratie signifikant weniger beliebt sind. Im Westen der Ukraine sind die Prioritäten genau umgekehrt. Entsprechend differieren auch die Reaktionen auf politische und wirtschaftliche Reformen, sprachpolitische Streitpunkte und die Festlegung der außenpolitischen Prioritäten in Abhängigkeit von der Region. Die im Westen und Osten der Ukraine jeweils präferenzierten Lösungen für die meisten relevanten innen- wie außenpolitische Probleme unterscheiden sich daher prinzipiell.

Diese regionalen und nationalen Inhomogenitäten bieten natürlich – in der Ukraine selbst wie in Russland sehr gut bekannte – Ansatzpunkte für Demarchen und Interventionen verschiedener Art, auch wenn man die Ukraine durchaus für einen tendenziell mononationalen Staat halten könnte, da (nach der bisher letzten Volkszählung von 1989) 72,4 % der Bevölkerung der Titularnation angehören. Die Moskauer Einflusspolitik hat sich imstande gezeigt, von den innenpolitischen Spezifika der Ukraine zu profitieren. So hat Russland unter Ausnutzung der Unterschiede zwischen den beiden „Hälften“ der Ukraine einiges zum Sieg des (damals) von der Linken unterstützten Leonid Kutschma gegen den eher nationalistischen Amtsinhaber Leonid Krawtschuk bei den Präsidentenwahlen 1994 beigetragen, indem es mit seinen Massenmedien vor allem die Wähler am linken Ufer des Dnjepr (wo die klare Mehrheit der Einwohner und damit Wähler der Ukraine lebt) zugunsten Kutschmas beeinflusste, der mit der Stärkung der Verbindungen zu Russland und der Erhebung des Russischen zur zweiten Staatssprache warb. Ersteres trat dann allerdings nicht im von Russland erhofften Ausmaß ein, und letzteres wurde überhaupt nicht umgesetzt.

Sprachpolitische Aspekte

Folgende Tabelle dokumentiert Gegebenheiten, die bei der Beurteilung der inneren Lage der Ukraine nicht unberücksichtigt bleiben dürfen: Der Anteil der ethnischen Ukrainer an der Bevölkerung der Region nimmt von Westen nach Osten und Süden ebenso ab wie der Anteil jener, die Ukrainisch für ihre Muttersprache halten und es auch im täglichen Leben bevorzugen.

Tab.1: Das ethnolinguistische Bild der Ukraine 1989 (in %)

Region	ethnische Ukrainer	Muttersprache Ukrainisch	bevorzugte Sprache Ukrainisch
Osten	59,3	41,1	14,6
Süden	52,5	40,8	11,3
Mitte	88,2	83,4	49,6
Westen	89,2	89,2	91,6
Kiew	72,4	57,5	23,6
Ukraine gesamt	72,4	64	43,9

Quelle: Belarus-Ukraina: uroki reform i perspektivy sotrudničestva. Fond im. Eberta, Minsk 1999.

Somit bedienten sich nur 43,9 % der ganzen Bevölkerung des Ukrainischen. Auch wenn dieser Anteil in den vergangenen 12 Jahren etwas gestiegen sein mag, kann schwerlich behauptet werden, dass im Land eine wirklich „ukrainische“ Mentalität dominiert. Daher könnte man die Ukraine – korrespondierend zu den oben erläuterten Faktoren, welche de facto zwei Nationen konstituieren – als Land mit einer „Doppelmehralität“ charakterisieren.³ Soziologische Forschungen zeigten eine hohe Korrelation zwischen der bevorzugten Sprache und den außenpolitischen Sympathien: Personen, die zum Ukrainischen neigen, tendieren eher zu einer Westorientierung denn jene, die Russisch sprechen – diese sympathisieren eher mit Russland und der GUS.⁴

Das russische Außenministerium beschwert sich immer wieder über eine „Diskriminierung des Russischen“ in der Ukraine, was von Kiew ebenso regelmäßig zurückgewiesen wird. Zwar ist Ukrainisch der Verfassung von 1996 nach einzige Staatssprache und in der Praxis auch die Sprache offizieller Verlautbarungen, aber das hat nichts daran geändert, dass sich selbst in der Hauptstadt Kiew die große Mehrheit der Einwohner – und zwar oft auch jene, die durchaus ukrainisch-patriotische Auffassungen vertreten – des Russischen bedient. Zudem ist augenfällig, dass der Aufmerksamkeit Russlands (und mitunter auch des Westens) für die „Russischsprachigen“ in der Ukraine eine weitgehende Unkenntnis der Lage der Ukrainer in Russland – nach verschiedenen Schätzungen 5-10 Millionen⁵ (von ca. 145 Millionen Einwohnern) – gegenübersteht: Dort gibt es überhaupt keine ukrainischsprachigen Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Medien.

3 Vgl. Den', 18.4.2000.

4 Vgl. M. Beleckij/M. Pogrebinskij/A. Tolpygo: Social'no-ekonomičeskie i nacional'no kul'turnye orientacii naselenija Ukrainy. In: Belarus-Ukraina: uroki reform i perspektivy sotrudničestva. Fond im. Eberta, Minsk 1999.

5 Eine genaue Zahl dürfte sich kaum bestimmen lassen, da mit der Zeit viele Personen ukrainischer Abstammung - freiwillig oder unfreiwillig - als „Russen“ registriert wurden.

Der Faktor Kirchenpolitik

Eine erhebliche Rolle für die Stabilität der Ukraine wie auch für die ukrainisch-russischen Beziehungen spielt die spezifische religionspolitische Situation. Von Westen nach Osten verringert sich die religiöse Aktivität der Bevölkerung, während gleichzeitig der Einfluss der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) von fast Null bis zum Maximum ansteigt. Die Beziehungen zwischen ihr und den anderen vier wichtigen Kirchen sind nicht immer von Toleranz geprägt, und die Widersprüche wirken sich auch und gerade (außen-)politisch aus. Die Staatsführung der Ukraine tritt für die Schaffung einer einheitlichen und vom Moskauer Patriarchat unabhängigen Orthodoxen Kirche in der Ukraine ein, doch das hat wegen des aktiven Widerstandes der Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) in der überschaubaren Zukunft kaum Aussichten auf Realisierung. Es handelt sich hier offenkundig um eine Frage mit starken machtpolitischen Akzenten: Die in Moskau beheimatete Russisch-Orthodoxe Kirche unter ihrem Patriarchen Alexij II. trägt den außenpolitischen Kurs der russischen Führung voll mit, und in dessen Kontext gilt ein Ende (oder auch nur eine Relativierung) des Einflusses des Moskauer Patriarchats in der Ukraine als untragbar. Dazu passt auch, dass sich die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat) dem für Ende Juni 2001 geplanten Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Ukraine offen widersetzt.

Die wirtschaftliche Dimension

Die Wirtschaftslage der Ukraine hat sich in letzter Zeit gebessert: nach offiziellen Zahlen ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 erstmals seit 1991 – und zwar um 6 % gegenüber 1999 – gewachsen.⁶ Die Ukraine mit ihren 49 Millionen Einwohnern ist in der GUS der – von Russland abgesehen – einzige Staat, der über alle Wirtschaftszweige verfügt, die für einen modernen europäischen Staat charakteristisch sind. In der sowjetischen Zeit kam der Rüstung die mit Abstand größte Bedeutung zu. Bis heute sind der (militärische und zivile) Schiffsbau sowie Raketen- und Flugzeugbau in der Ukraine hoch entwickelt, auch wenn das entsprechende Potenzial lange nicht voll ausgeschöpft wird. Dazu kommt ein gut entwickeltes Verkehrs- und Transportnetz (Eisenbahn, Straßen, Flüsse, Meer, Pipelines). Am Schwarzen Meer liegt ein Netz von sieben Handelshäfen, deren Kapazitäten bis zu 75 % mit Frachten für Russland ausgelastet sind.

Russland ist der mit Abstand größte Außenhandelspartner (und Lieferant von 90 % der Energieträger) der Ukraine, woraus sich alleine eine gewisse Abhängigkeit ergibt; das wird sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern (lassen). Der ukrainisch-russische Handel reduzierte sich 1999 gegenüber 1998 um 1,9 Milliarden Dollar (= 17,4 %), um im Jahr 2000 wieder um 20 % zuzunehmen; dabei gingen 24 % der ukrainischen Exporte nach Russland, von wo die Ukraine 42 % ihrer Importe bezog.⁷

Moskau strebt offenbar zielgerichtet die Kontrolle über die „Filetstücke“ der ukrainischen Wirtschaft an: Russisches Kapital beherrscht bereits unter anderem die größte Chemiefabrik der Ukraine, zwei der vier wichtigsten Erdölraffinerien, mehrere Banken und TV-Stationen usw. Oft war unklar, wie bestimmte wirtschaftspolitische Entscheidungen zu Stande kamen. So wurde Anfang 2001 das Aluminiumwerk „Salk“ in Saporizhja an den russischen Konzern „Awtomas“ um 70 Millionen Dollar verkauft, obwohl eine ukrainische Firma 102 Millionen geboten hatte.⁸ Dazu kommt, dass die Ukraine für russische Gaslieferungen immer wieder

6 Nach Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 5.2.2001.

7 Ebd.

8 Nach Die Zeit, 22.2.2001, S. 6.

gewaltige Schulden aufstaut und Moskau zum Ausgleich verlangt, ukrainische Schlüsselbetriebe zu übernehmen. Dazu hat es der ukrainischen Seite bereits entsprechende Listen vorgelegt. Wenn es russischen Konzernen gelingt, die Kontrolle über die wichtigsten Betriebe der Ukraine zu gewinnen, wäre ein großer Schritt in Richtung Schaffung einer neuen Zone ökonomischen und politischen Einflusses Russlands getan, die ganz zweifellos die Möglichkeiten der Ukraine, auch außen- und sicherheitspolitisch einigermaßen eigenständig zu agieren, erheblich einschränken würde. Nicht umsonst meinte der (im Mai 2001 vom Parlament abgewählte) ukrainische Ministerpräsident Viktor Juschtschenko, dass „das Energieproblem der Ukraine auch die politische Unabhängigkeit kosten kann“.⁹

Mit dem Erdgas sind auch die beiden anderen bilateralen wirtschaftlichen Hauptprobleme verbunden:

1. Moskau beschuldigt die Ukraine immer wieder, illegal russisches Gas aus den über ihr Territorium verlaufenden Pipelines zu entnehmen. Dafür „bestraft“ Moskau die Ukraine mitunter mit Sanktionen, die einen klar politischen Hintergrund haben: So lieferte Russland einige Zeit kein Erdöl, was zu einem Ansteigen der Preise für Ölprodukte und Nahrungsmittel in der Ukraine führte.
2. Russland versucht, die Ukraine mit neuen Erdgaspipelines durch das (aus seiner Sicht) politisch weit „zuverlässigere“ Belarus (Weißrussland) zu umgehen. Damit würde die Ukraine massiv an Einnahmen aus Transitgebühren verlieren und überhaupt als Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa erheblich an Bedeutung einbüßen.

Im Unterschied zu den in Russland, aber auch im Westen verbreiteten Auffassungen ist die Ukraine an sich keineswegs in der ausschließlichen Position des Schuldners gegenüber Moskau. So wurde seinerzeit eine Vereinbarung über die Aufteilung des Diamantenfonds der UdSSR unterzeichnet, aber darauf kommt Russland aus unklaren Gründen nicht zurück. Es gab auch Regelungen über das ehemals sowjetische Eigentum im Ausland (an dem auch der Ukraine ein Anteil zugestanden wäre), aber Russland denkt nicht an ihre Erfüllung. Das führte dazu, dass Gelder der Einwohner der Ukraine mit Ende 1991 quasi über Nacht in Moskau „verschwanden“. Kiew könnte diese Fragen aufwerfen und sich z. B. an internationale Organisationen wenden, um so auf Russland Druck auszuüben. Allerdings fehlt es derzeit in der Ukraine an der entsprechenden politischen Bereitschaft.

In jedem Fall beeinflusst die Gas- und Pipelineproblematik die (in der GUS so genannte) „wirtschaftliche Sicherheit“ der Ukraine ganz entscheidend. Nicht minder relevant, wengleich weniger Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit sind die Probleme der ukrainischen Landwirtschaft. Früher hatte die Ukraine mit ihrem ertragreichen Schwarzerdeboden Russland und die anderen Sowjetrepubliken mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt. Inzwischen ist die landwirtschaftliche Produktion aber zu einem Faktor der ökonomischen Destabilisierung der Ukraine degeneriert. Ihr anhaltender Rückgang führt zu einer kritischen Abhängigkeit des Landes vom Import von Nahrungsmitteln und Getreide.

Prioritäten russischer Politik gegenüber der Ukraine

Die komplexen Beziehungen der Ukraine und Russlands betreffen unmittelbar die strategischen Interessen beider Länder. Unmittelbar einsichtig sind die skizzierten wirtschaftliche Probleme, weniger offenkundig (vor allem für viele Beobachter aus dem Westen) sind jene Aspekte der ukrainisch-russischen Beziehungen, die aus dem Bemühen Russlands resultieren, als Großmacht anerkannt zu werden, die auch in einer mehr oder weniger intensiv

ausgeprägten politischen Konfrontation mit den westlichen Staaten zu bestehen vermag. Moskau hat seine eigene Sichtweise von Fragen der Sicherheit in Europa und in der Welt und versucht, die westlichen Länder dazu zu bewegen, in allen weltpolitischen Angelegenheiten auf seinen Standpunkt Rücksicht zu nehmen. Auch wenn das natürlich oft nicht gelingt, so ist unübersehbar, dass die Staatsführung wie auch praktisch alle relevanten Parteien mit zunehmendem Selbstbewusstsein Russland als Großmacht etablieren wollen, die aktiv auf internationale Organisationen einwirkt und mit jeder anderen Großmacht (und vor allem den USA) und jedem anderen Staatenblock (vor allem der NATO) einen gleichberechtigten Dialog führen kann. Die wirtschaftliche Lage Russlands hat sich durch die seit 1999 relativ hohen Ölpreise erheblich verbessert, und die Mehreinnahmen wurden zu einem erheblichen Teil sofort in die Bereiche Militär und Rüstung geleitet.

Zudem erhielt Moskau die Möglichkeit, seine „besonderen Interessen“ in der GUS mit (noch) mehr Nachdruck zu verfolgen. Diese konzentrieren sich gegenüber der Ukraine auf folgende Faktoren: Kiew soll sich von der NATO möglichst fernhalten und sich stattdessen politisch und militärisch nach Osten orientieren – sowohl im Rahmen der (von Russland forcierten) „Integration“ in der GUS als auch in einer bilateralen Kooperation mit Russland; die Ukraine soll auch wirtschaftlich auf die GUS und Russland orientiert bleiben und russischem Kapital bevorzugte Bedingungen bei der Privatisierung einräumen (siehe oben); Kiew möge sich an die russisch-belorussische „Union“ anschließen – mit der Perspektive einer noch engeren „Integration“ der drei „slawischen Bruderstaaten“.

Das dokumentierten auch Meinungsumfragen in Russland unter 100 Mitarbeitern der Administration des Präsidenten, des Apparats der Regierung, von Ministerien und Behörden, Ausschüssen der beiden Parlamentskammern (Staatsduma und Föderationsrat), staatlicher wissenschaftlicher Einrichtungen, regierungsunabhängiger analytischer Zentren und auch Banken und Firmen Russlands, die mit ukrainischen Partnern arbeiten. Dabei wurden folgende Faktoren, welche die russisch-ukrainischen Beziehungen (angeblich) beeinträchtigen, genannt (Mehrfachantworten möglich):¹⁰

- Vertiefung der Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO – 84 %,
- Probleme der Schwarzmeerflotte und ihres Hauptstützpunktes Sewastopol – 84 %,
- das Vorhandensein eines Kontrollregimes an der Staatsgrenze – 79 %,
- die Lage der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine – 77 %,
- die ukrainischen Schulden für russische Gaslieferungen – 71 %,
- die reduzierte Aktivität der Ukraine im Rahmen der GUS – 57 %,
- ein inkonsequenter außenpolitischer Kurs der Ukraine – 55 %,
- eine negative Einstellung der Führung der Ukraine zur russisch-belorussischen „Union“ – 50 %.

Zahlreiche politische Kräfte in Russland - und vor allem die Kommunisten (KPRF), die nach wie vor stärkste Partei des Landes – treten mehr oder weniger offen für eine Wiederherstellung der UdSSR ein, was auch in den jeweiligen Programmdokumenten verankert ist.¹¹ Es ist daher nicht undenkbar, dass Moskau zu einer neuerlichen Politik der „Sammlung russischen Landes“ übergeht. Jedenfalls ist anzunehmen, dass der russische Druck auf die Ukraine, sich verstärkt auf die GUS (statt auf den Westen) zu orientieren und der – auch und gerade

10 Michajlo Paškov/Valerij Čalij: Mižnarodnij imidž Ukraini: pogljad iz Rosii. In: Nacional'na bezpeka i oborona, 3/2000, S. 61.

11 Vgl. z. B. Programma Kommunističeskoj Partii Rossijskoj Federacii. Moskva 2000, S. 17, 28, 34, 44f.

militärpolitisch motivierten – „Union“ Russland – Belarus beizutreten, wächst – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Erdrutschsieges der Kommunisten in Moldowa, die einen Anschluss ihres Landes an diese „Union“ propagieren, bei den Parlamentswahlen vom 25. Februar 2000 (knapp 50 % Stimmen und 71 der 101 Mandate).

Obwohl der Zerfall der UdSSR bereits fast ein Jahrzehnt zurückliegt, konnten sich Kiew und Moskau noch immer nicht auf eine völlige Delimitation und Demarkation ihrer gemeinsamen Grenze einigen. Moskau verzögert die Verhandlungen darüber offenkundig bewusst; es behauptet, dass die Grenze – auch nach ihrer definitiven Festlegung – so durchlässig wie möglich sein und die beiden slawischen Völker so wenig wie möglich teilen sollte. Die Ukraine hat daher in einigen strittigen Grenzfragen zum Schutz ihrer ökonomischen Interessen einseitige Entscheidungen getroffen. So wurde durch eine Verordnung Kutschmas vom 6. Oktober 1999 zur Erreichung einer Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland über die Staatsgrenze im Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch und der Bestimmung einer Trennungslinie der Seewirtschaftszonen und Kontinentalschelfs im nordöstlichen Teil des Schwarzen Meeres der Basis der ukrainischen Gesetze „Über die Staatsgrenze der Ukraine“ und „Über die ausschließliche maritime Wirtschaftszone der Ukraine“ sowie der UNO-Seerechtskonvention von 1982 eine provisorische Grenze festgelegt. Moskau wurde davon in Kenntnis gesetzt, aber in der Praxis erkennt es den ukrainischen Schritt nicht an. Davon zeugen Konflikte auf niedrigem Niveau (z. B. beim Fischfang im Asowschen Meer) zwischen den beiden Ländern.

Die Ukraine ist in Grenzfragen generell in einer problematischen Situation: West- und mitteleuropäische Staaten errichten zunehmend Barrieren gegen ukrainische Bürger in Gestalt der Visumpflicht, und die Ukraine kann aus politischen und praktischen Gründen ihre Grenze nicht völlig einseitig festlegen.

Die Ukraine und sicherheitspolitische Grunddokumente Russlands

Bei der Analyse der im Jahr 2000 beschlossenen neuen Redaktionen der sicherheitspolitischen Grunddeklarationen Russlands – konkret des Nationalen Sicherheitskonzeptes und der Militärdoktrin – ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass sich Moskau die Möglichkeit einräumen möchte, sich in die inneren Angelegenheiten vor allem der GUS-Staaten (und damit auch der Ukraine) einzumischen und „Maßnahmen“ zu ihrem „Schutz“ vor angeblich drohenden „Aggressionen“ (z. B. der NATO) zu ergreifen – ob das von diesen Staaten nun gewünscht wird oder nicht. Die historischen Beispiele dafür sind bekannt – so der Einmarsch der Sowjetarmee in die Westukraine und Westweißrussland (d. h. damals Ostpolen) 1939 und in die drei baltischen Staaten 1940 unter dem Vorwand des „Schutzes“ von Bevölkerung und Staat. Mit seinem Nationalen Sicherheitskonzept und der Militärdoktrin stellte Russland der Ukraine außen- und teilweise auch innenpolitisch eine große Anzahl von Problemen, was sich zweifellos auf die Gestaltung der Politik Kiews auswirkt. Zahlreiche Stellen der beiden Dokumente zeigen, dass praktisch jede Aktivität der Ukraine, die auf eine Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Westen zielt, von Moskau als Bedrohung seiner nationalen Interessen interpretiert werden kann.

Sowohl das Nationale Sicherheitskonzept als auch die Militärdoktrin betonen die „speziellen Interessen“ Russlands in der GUS („Nahes Ausland“), d. h. den früheren Sowjetrepubliken, wozu eben auch die Ukraine gehört. Im Sicherheitskonzept wird als eine der „wesentlichen Bedrohungen im internationalen Bereich“ eine „Schwächung der Integrationsprozesse“ in der GUS genannt und eine „Entwicklung der den Interessen

Russlands entsprechenden Integrationsprozesse“ in der GUS verlangt.¹² Daher dürfte der Druck Moskaus auf die GUS-Staaten zur Intensivierung der „Integration“ anhalten. Davon ist die Ukraine als Land, das sich nach allgemeiner russischer Meinung unzureichend an der „Integration“ in der GUS beteiligt, natürlich unmittelbar betroffen. Die Ukraine sollte sich einer Vertiefung dieser „Integration“ – wenn sie nicht ihre Unabhängigkeit langfristig in Frage stellen will – unbedingt verwehren und eine neutrale Politik verfolgen. Dazu bietet sich die Verabschiedung eines Neutralitätsgesetzes an.

Es sind auch Einmischungen Russlands in die inneren Angelegenheiten der GUS-Staaten unter dem Vorwand denkbar, die „Außengrenzen der GUS“ (d. h. Grenzen von GUS-Mitgliedern mit Ländern, die nicht ebenfalls der GUS angehören) „schützen“ zu müssen. In Russland ist immer wieder von einer „Strategie der zwei Grenzen“ die Rede, die vor allem postuliert, dass – soweit möglich (wie z. B. in Armenien und Tadschikistan) – russische Grenztruppen an den Grenzen der früheren UdSSR (d. h. jetzt der GUS) stationiert werden sollen. Die Ukraine hat es jedoch bisher abgelehnt, einen Unterschied zwischen „GUS-Außengrenzen“ und Grenzen zu anderen GUS-Mitgliedern zu machen, von einer Einladung russischer Grenzer auf ihr Territorium ganz abgesehen.

Nach allgemeiner Auffassung wurde die „Schwelle“ zu einem Atomwaffeneinsatz mit dem neuen Nationalen Sicherheitskonzept Russlands gesenkt. Während das gleichnamige Dokument von 1997 noch postuliert hatte, dass er erst bei einer „Bedrohung für die Existenz Russlands als souveräner Staat“ erfolgen soll,¹³ ist er der Fassung von 2000 zufolge schon vorgesehen, wenn „im Falle der Notwendigkeit der Abwehr einer bewaffneten Aggression alle anderen Maßnahmen zur Lösung einer Krisensituation erschöpft sind oder sich als ineffektiv erwiesen haben“.¹⁴ Die neue Militärdoktrin hält fest, dass die Russländische Föderation (RF) von der Notwendigkeit ausgeht, „über ein Nuklearpotential zu verfügen, das sie garantiert befähigt, jedwedem Aggressor (Staat oder Koalition von Staaten) unter beliebigen Bedingungen einen vorgegebenen Schaden zuzufügen. Die RF betrachtet hierbei die Nuklearwaffen ... als Faktor der Abschreckung vor einer Aggression, der Gewährleistung der militärischen Sicherheit der RF und ihrer Verbündeten ... Die RF behält sich das Recht auf den Einsatz von Nuklearwaffen als Antwort auf die Anwendung von Nuklearwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen gegen sie und ihre Verbündeten sowie als Antwort mit Einsatz von nur konventionellen Waffen in kritischen Situationen für die nationale Sicherheit der RF vor“.¹⁵ Das bedeutet: Sollte sich die Ukraine auf ein militärpolitisches Bündnis mit Russland einlassen, wäre es theoretisch denkbar, dass sie gegen ihren Willen in einen Atomkrieg hineingezogen wird.

In der neuen Militärdoktrin werden unter anderem folgende grundsätzliche militärische Bedrohungen für Russland genannt:¹⁶

- „Versuche, die Interessen der RF bei der Lösung von Problemen der internationalen Sicherheit zu ignorieren (zu verletzen) und der Stärkung der RF als einem einflussreichen Zentrum der multipolaren Welt entgegenzuwirken; ...
- Schaffung (Aufstockung) von Gruppierungen von Truppen (Kräften) in der Nähe der Grenzen der RF und ihrer Verbündeten sowie in den an ihre Verbündeten sowie in den an ihr Territorium angrenzenden Seegebieten, die zu einer Verletzung des entstandenen Kräfteverhältnisses führt;

12 Das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation. In: Internationale Politik, 5/2000, S. 85f, 92.

13 Zitiert nach Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 2/2000, S. 226.

14 Das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation. In: Internationale Politik, 5/2000, S. 94.

15 Die Militärdoktrin der Russischen Föderation. In: Osteuropa, 7/2000, A227.

16 Ebd., A224f.

- Erweiterung von militärischen Blöcken und Bündnissen zum Schaden der militärischen Sicherheit der RF und ihrer Verbündeten;
- Einmarsch ausländischer Truppen ... unter Verletzung der UNO-Charta auf das Territorium benachbarter und mit der RF befreundeter Staaten; ...
- Aktionen, die auf die Untergrabung der globalen und regionalen Stabilität gerichtet sind, darunter durch Behinderung der Arbeit der russischen Systeme der staatlichen und militärischen Führung, auf die Störung des Funktionierens der strategischen Nuklearkräfte, der Systeme zur Warnung vor einem Raketenangriff, der Raketenabwehr, der Weltraumkontrolle und der Gewährleistung ihrer Gefechtsstabilität ... ;
- ... feindliche, der militärischen Sicherheit der RF und ihrer Verbündeten Schaden zufügende informatorische ... Aktionen“.

Somit könnten die Osterweiterung der NATO, die Präsenz von NATO-Truppen auf dem Territorium der Ukraine bei Übungen mit der ukrainischen Armee sowie die Durchführung von Manövern der ukrainischen Marine mit NATO-Kräften im Schwarzen Meer von Moskau unter bestimmten Bedingungen als äußere Bedrohungen angesehen werden, die von der Ukraine ausgehen. Der Versuch der Schließung von russischen Radarstationen zur Frühwarnung vor Raketenangriffen auf dem Gebiet der Ukraine könnte von Moskau ebenso als Bedrohung Russlands gewertet werden wie eine ihm nicht genehme Medien-Berichterstattung in der Ukraine über diverse Ereignisse. Moskau hat denn auch immer wieder Druck auf Kiew ausgeübt, tschetschenische „Informationszentren“ in einigen ukrainischen Städten zu schließen. Damit sollte verhindert werden, dass Vertreter des (von Moskau längst nicht mehr anerkannten) tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow die offizielle russische Darstellung der Ereignisse im Gefolge der zweiten Militärintervention in Tschetschenien (seit September 1999) in der Ukraine konterkarieren.

Im Nationalen Sicherheitskonzept Russlands heißt es: „Die Interessen der Gewährleistung der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation determinieren unter entsprechenden Umständen die Notwendigkeit der militärischen Präsenz Russlands in einigen strategisch wichtigen Regionen der Welt. Die dortige Stationierung von begrenzten militärischen Kontingenten (Militärstützpunkte, Einheiten der Seestreitkräfte) auf vertraglicher und völkerrechtlicher Grundlage sowie auf Grundlage der Prinzipien der Partnerschaft muss die Bereitschaft Russlands zur Erfüllung seiner Pflichten, hinsichtlich der Unterstützung der Bildung eines beständigen militärstrategischen Gleichgewichts der Kräfte in den Regionen gewährleisten und der Russischen Föderation die Möglichkeit einräumen, auf eine Krisensituation in ihrem Anfangsstadium zu reagieren und der Verwirklichung der außenpolitischen Ziele des Staates dienen.“¹⁷ Auch in der Militärdoktrin wird die Wichtigkeit der Stationierung von russischen Truppen im Ausland betont.¹⁸ Daraus ergibt sich aus Moskauer Sicht die Notwendigkeit zum Unterhalt von Militärbasen überall dort – und vor allem in der GUS –, wo Moskau für sich „strategische Interessen“ sieht und die Möglichkeit hat, solche Basen einzurichten.

Die mit Abstand größte russische Militärpräsenz im Ausland besteht auf der Halbinsel Krim in Gestalt der Schwarzmeerflotte. Sie verfügt über 16 000 Militärangehörige (davon Marineinfanteristen, die ohne Konsultationen mit Kiew zum Kampf nach Tschetschenien geschickt wurden), ca. 380 Schiffe und elf neue Su-24-Bomber, die auch Kernwaffen tragen

17 Das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation. In: Internationale Politik, 5/2000, S. 93.

18 Vgl. Die Militärdoktrin der Russischen Föderation. In: Osteuropa, 7/2000, A241.

können.¹⁹ Die Flotte besitzt zwei Basen (Sewastopol und Feodosija), zwei Garnisonen der Marineluftwaffe (Katscha und Gwardejskoje) sowie über 300 Militärsiedlungen mit über 5 000 administrativen Gebäuden und Wohnhäusern. All das ist ohne klare Grenzziehungen und Exterritorialität über die ganze Krim verstreut. Daher sind Provokationen und Zwischenfälle mit Beteiligung russischer Soldaten theoretisch jederzeit möglich. Im Nationalen Sicherheitskonzept Russlands wird als eine der „wesentlichen Bedrohungen im internationalen Bereich“ die „Entstehung und Eskalation von Konflikten in der Nähe der Staatsgrenzen der Russischen Föderation und der äußeren Grenzen der Teilnehmerstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ genannt;²⁰ zudem fordert das Konzept einen „Schutz der gesetzmäßigen Rechte und Interessen der russischen Bürger (was natürlich die Mannschaften der Schwarzmeerflotte einschließt, Anm. d. Verf.) im Ausland, unter anderem auch unter Anwendung von politischen, wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen zu diesem Zwecke“.²¹ Diese „anderen Maßnahmen“ sind eine offenkundige Anspielung auf Militäraktionen²² – etwa die Besetzung von Schlüsselpositionen auf der Krim im Falle von Zwischenfällen, an denen russisches Militärpersonal beteiligt ist.

Die Militärstaatsanwaltschaft der russischen Schwarzmeerflotte ist nach wie vor auf der Krim, d. h. im Ausland, tätig; umgekehrt wäre es völlig undenkbar, dass eine fremde Staatsanwaltschaft auf dem Territorium Russlands Anklagen erhebt. Eine Auflösung des Stützpunktes der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim ist allerdings vorerst unerreichbar; einem ukrainisch-russischen Abkommen von 1997 besteht er mindestens noch bis zum Jahr 2017.

Auf der Krim, die mehrheitlich von ethnischen Russen und russifizierten Ukrainern bewohnt wird, existiert nach wie vor eine starke pro-russische separatistische bzw. irredentistische Bewegung. Die Halbinsel wurde denn auch immer wieder von führenden russischen Politikern (so z. B. dem Moskauer Bürgermeister Jurij Luzhkov) offen für Russland beansprucht. Es ist allgemein bekannt, dass für die meisten Bewohner der Krim der Stempel „Hromadjanin Ukraini“ (= Bürger der Ukraine) in den Ausweisdokumenten keinerlei Bedeutung hat. All das schafft vor dem Hintergrund der starken russischen Militärpräsenz auf der Halbinsel eine für die Ukraine und ihre territoriale Integrität wenig angenehme Situation.

Es ist wahrscheinlich, dass Russland in der Ukraine noch mehr Militär stationiert, wenn dort Kräfte an die Macht kommen, die ähnlich wie der autoritär regierende belorussische Präsident Alexander Lukaschenko nachdrücklich auf Moskau orientiert sind und im Westen eine ständig aktuelle „Bedrohung“ sehen. Zudem verfolgt Moskau nach wie vor das Ziel, einen Militärpakt der GUS-Staaten (in der Vergangenheit mitunter als „Anti-NATO“ bezeichnet) zu schaffen. Die russische Militärdoktrin trifft dafür bereits Vorkehrungen: „Bei der Bildung gemischter Truppenformationen der GUS werden diese durch Militärangehörige der Mitgliedsstaaten in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung und mit getroffenen

19 Demgegenüber hat die ukrainische Marine nur 120 (davon weniger als 30 Kampfeinheiten) meist völlig veraltete Schiffe (nach Zerkalo Nedeli, 5.8.2000, S. 2). Russland bedrängt die Ukraine schon länger mit Plänen für eine „gemeinsame Eskadra“ der Schwarzmeerflotte und der ukrainischen Marine. Moskau behauptet eine – von der NATO und vor allem der Türkei ausgehende – „gemeinsame Bedrohung“ für Russland und die Ukraine im Schwarzmeergebiet, auf die auch mit vereinten Kräften geantwortet werden müsse. Anfang 2001 vereinbarten Moskau und Kiew dann immerhin eine gemeinsame Formation zur Überwachung der Hafenanlage in Sewastopol und einen gemeinsamen Such- und Rettungsverband für das Schwarze Meer. Der Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte, Admiral Viktor Krawtschenko, verhehlte nicht, dass es sich dabei um eine politische und nicht militärische Initiative handelt (vgl. Kommersant, 24.1.2001, S. 11)

20 Das Nationale Sicherheitskonzept der Russischen Föderation. In: Internationale Politik, 5/2000, S. 85f.

21 Ebd., S. 92.

22 Der Hinweis auf die „russischen Bürger im Ausland“ ist auch vor dem Hintergrund der zeitweise forcierten russischen Forderung zu sehen, in den GUS-Staaten Doppelstaatsbürgerschaften – konkret natürlich für ethnische Russen und „Russischsprachige“ – zu erleichtern. Damit würde sich Russland weitere Ansatzpunkte für Einnisierungen in die inneren Angelegenheiten der GUS-Staaten verschaffen.

zwischenstaatlichen Vereinbarungen aufgefüllt“.²³ Auch hier würde ein ukrainisches Neutralitätsgesetz dazu beitragen, den russischen Ansprüchen argumentativ besser entgegen treten zu können.

Zusammenfassung und Folgerungen

Die Ukraine hat seit der Mitte des 17. Jahrhunderts nur etwa eineinhalb Jahrzehnte als unabhängiger Staat existiert und war sonst zwischen mehreren Großmächten – vor allem Russland, Polen und Österreich – aufgeteilt, um dann der UdSSR als Unionsrepublik anzugehören. Die Ukraine hat über 350 Jahre hinweg andere Länder – Österreich, Kanada, die USA, Argentinien, Polen usw., in erster Linie aber Russland – mit ihren talentiertesten Denkern und Arbeitskräften „versorgt“ (in Russland sind bis heute viele Offiziere ukrainischer Abstammung in der Führung der Streitkräfte vertreten). Auch nach der Erreichung der Unabhängigkeit sehen viele junge Fachleute in der Ukraine keine Zukunft und emigrieren in die genannten Staaten.

Es gibt heute in der Ukraine durchaus berechtigte Befürchtungen, die Unabhängigkeit zu verlieren oder in eine solche Abhängigkeit von Russland zu gelangen, dass niemand mit ihr als einem eigenständigen Subjekt der internationalen Beziehungen rechnet. Als abschreckendes Beispiel dafür kann Belarus gelten, das unter Lukaschenkos Führung praktisch keine internationale Bedeutung besitzt, dafür aber mit fragwürdigen Regimes in der Dritten Welt engen Umgang pflegt.

Die politischen Kräfte in der Ukraine sind mit Ausnahme der KPU und anderer Linksradikaler an der Stärkung ihrer Staatlichkeit, der wirtschaftlichen Erholung und der Garantie der nationalen Sicherheit interessiert. Die Erreichung dieser Ziele steht aber vor vielen Problemen, die zu einem erheblichen Ausmaß mit den Beziehungen Kiews zu Moskau zu tun haben.

Ausgehend von der derzeitigen Situation kann die Ukraine ihre nationale Sicherheit am zuverlässigsten durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, den Anschluss an ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit und die Stärkung der Beziehungen zu den GUS-Staaten bei gleichzeitiger Schaffung eines eigenen zuverlässigen Systems der militärischen Sicherheit garantieren. Die Ukraine ist bisher in politische und wirtschaftliche Organisationen Westeuropas unzureichend integriert und muss sich daher bei der Garantie ihrer militärischen Sicherheit vor allem auf die eigenen Streitkräfte stützen. Sie müssen ein zuverlässiger Garant der Unabhängigkeit und territorialen Integrität des Landes werden. Allerdings leiden sie an drastischer Unterfinanzierung – auch deswegen, weil das Land (trotz der wirtschaftlichen Probleme) in Streitkräften, Truppen des Innenministeriums usw. etwa 1 Million Personen unter Waffen hält.

Nach Meinung der Verfasser brächte der Ukraine die Erklärung der Neutralität nach innen wie außen große Vorteile. Sie könnte einerseits die dargestellten Widersprüche zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen wenn nicht aufheben, so aber doch mildern und böte andererseits die Handhabe, den russischen Druck auf Teilnahme an der militärischen „Integration“ in der GUS wie auch zur bilateralen militärischen Kooperation zu reduzieren. Allerdings wäre auch die Neutralität kein Mittel gegen das Vordringen russischen Kapitals in Schlüsselbereiche der ukrainischen Wirtschaft und gegen die russischen Anstalten, Gaspipelines zur Umgehung der Ukraine zu errichten. Hier müsste in Gestalt vermehrter westlicher Investitionen in der Ukraine ein Gegengewicht geschaffen werden – aber diese werden sich

ohne glaubwürdige und effektive Bekämpfung von Korruption und Kriminalität sowie Entbürokratisierung und Rechtssicherheit nicht einstellen.

Anatolij Pavlenko
Oberst der Reserve (Marineluftwaffe), Kiew

Dr. phil Martin Malek
Abteilung Internationaler Friedenssicherung (AIF)
der Landesverteidigungsakademie, Wien